

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

RÜCKKEHR DER KLASSEN- GESELLSCHAFT?

Über die wachsende Kluft zwischen Arm
und Reich in Schweden

Mats Wingborg
Dezember 2021



Ziel des viel gerühmten schwedischen Wohlfahrtsstaats war die Überwindung der Klassengesellschaft. Allerdings haben verschiedene Austeritäts-, Liberalisierungs- und Deregulierungswellen dieses Ziel in weite Ferne rücken lassen.



Die Kluft zwischen Arm und Reich in Schweden ist tiefer geworden. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in der Globalisierung, sondern auch in innenpolitischen Entscheidungen. In den letzten 20 Jahren haben die oberen Einkommensklassen erhebliche Steuerentlastungen genießen können, während die Leistungen des steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaats gekürzt worden sind.



Leidtragende sind Arbeitslose, Langzeitkranke und Rentner_innen. Der soziale Aufstieg ist erschwert.

RÜCKKEHR DER KLASSENGESELLSCHAFT?

Über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Schweden



Ziel des viel gerühmten schwedischen Wohlfahrtsstaats war die Überwindung der Klassengesellschaft. Allerdings haben verschiedene Austeritäts-, Liberalisierungs- und Deregulierungswellen dieses Ziel weiter Ferne rücken lassen.



Die Kluft zwischen Arm und Reich in Schweden ist tiefer geworden. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in der Globalisierung, sondern auch in innenpolitischen Entscheidungen. In den letzten 20 Jahren haben die oberen Einkommensklassen erhebliche Steuerentlastungen genießen können, während die Leistungen des steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaats gekürzt worden sind.



Leidtragende sind Arbeitslose, Langzeitkranke und Rentner_innen. Der soziale Aufstieg ist erschwert.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://nordics.fes.de/>

Inhalt

	ZUSAMMENFASSUNG	2
1	EINLEITUNG	3
2	SCHWEDENS ENTWICKLUNG ZUR UNGLEICHHEIT	4
3	DIE POLITIK REGRESSIVER STEUERREFORMEN	6
4	SITUATION DER SCHWÄCHSTEN IN DER GESELLSCHAFT	8
5	PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN	12
6	SOZIALE VERSCHIEBUNGEN IN DEN VERGANGENEN 40 JAHREN	14
7	GLEICHHEIT VS. KLASSENGESELLSCHAFT	16
	Literatur	18

ZUSAMMENFASSUNG

Ziel des viel gerühmten schwedischen Wohlfahrtsmodells war es, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat die schwedische Gesellschaft jedoch einen grundlegenden Wandel vollzogen. Nahm die Gleichheit zwischen 1930 und 1980 noch kontinuierlich zu, ist die Kluft zwischen Arm und Reich seit den 1980er-Jahren wieder spürbar tiefer geworden. Die Ursachen hierfür lassen sich nicht nur auf die Globalisierung, sondern auch auf innenpolitische Entwicklungen zurückführen. Schweden hat mehr als andere Länder darauf verzichtet, Vermögen zu besteuern und damit sein steuerfinanziertes Sozialversicherungssystem kontinuierlich geschwächt. Darüber hinaus finanziert Schweden stärker als andere Länder private Schulbildung mit öffentlichen Mitteln und trägt somit zur Zementierung der Klassenunterschiede bei.

- Der große steuerpolitische Bruch erfolgte in den letzten 20 Jahren. Zuerst wurde die Erbschaftsteuer abgeschafft (2004), danach die Vermögensteuer (2007), die Immobiliensteuer (2008) und zum Schluss die sogenannte »Värnskatten« (2020), eine Art Spitzeneinkommensteuer, also ein erhöhter Steuersatz für besonders hohe Einkommen.
- Eine zweite Erklärung für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Schweden lässt sich bei all jenen finden, die ihren Unterhalt nicht durch Erwerbsarbeit bestreiten. Gerade die Situation von Rentner_innen und in noch höherem Maße von Langzeitkranken und Arbeitslosen hat sich zunehmend verschlechtert. Für diese Verschiebung lassen sich mehrere Ursachen identifizieren: Zum einen haben konservative Regierungen eine Reihe sogenannter Arbeitssteuerabzüge durchgesetzt, deren Zweck darin besteht, einen größeren Unterschied in der Besteuerung zwischen Erwerbstätigen und Bezieher_innen von Transferleistungen (Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) herzustellen. Damit sollte ein stärkerer Anreiz für die (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit geschaffen werden. Zum anderen liegt die Ursache in der Schwächung des Sozialversicherungssystems. Die Zahlungen aus der Sozialversicherung wurden nicht an die Entwicklung der Löhne angepasst. Stattdessen wurden das Niveau der Zahlungen gesenkt und der Zugang zu den Leistungen der Sozialversicherungssysteme eingeschränkt, sodass immer größere Gruppen aus der Kranken- und

Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen oder für Leistungen gesperrt wurden.

- Die Privatisierung von Teilen des Wohlfahrtsystems hat diese Entwicklung noch einmal verstärkt. Besonders wird dies an den Qualitätsunterschieden zwischen den Schulen deutlich: Die Kluft zwischen »Gewinner- und Verliererschulen« nimmt rapide zu. In immer höherem Maße entscheidet das Ausbildungsniveau der Eltern über die Schulleistungen der Kinder.

1

EINLEITUNG

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Schweden ist tiefer geworden. Damit ist das Land keineswegs allein. In den meisten Ländern der Welt ist die Ungleichheit in den vergangenen Jahren gewachsen. Schweden sticht jedoch in einer Hinsicht hervor: Insbesondere Arbeitslose und chronisch kranke Menschen leben hier unter deutlich schlechteren Bedingungen als die übrige Bevölkerung. Auch die Privatisierung des Wohlfahrtsstaates, beispielsweise durch die Zunahme von Privatschulen, hat zu einer wachsenden Kluft innerhalb der Gesellschaft geführt. Die politische Verantwortung für die zunehmende Ungleichheit der vergangenen vier Jahrzehnte liegt zwar maßgeblich bei den konservativ-bürgerlichen Regierungen. Doch auch die Sozialdemokraten sind für mehrere Beschlüsse mitverantwortlich bzw. haben die Maßnahmen der konservativ-bürgerlichen Regierungen nicht korrigiert.

Global gesehen gehört Schweden zwar noch immer zu den Ländern mit dem höchsten Grad an Gleichheit, doch nicht zuletzt innerhalb der Arbeiterbewegung macht sich eine zunehmende Besorgnis darüber breit, auf welchem Weg sich das Land gegenwärtig befindet (Lindgren Åsbrink et al. 2019). Für politische Reformen, die das Ziel haben, die Klassengesellschaft zu überwinden, muss es der Arbeiterbewegung daher auch gelingen, den Rest der Gesellschaft für mehr Gleichheit zu mobilisieren.

Dieser Text basiert auf der Anthologie *Klasse in Schweden: Die Ungleichheit, Macht und Politik im 21. Jahrhundert* (»Klass i Sverige: Ojämligheten, makten och politiken i det 21:a århundradet«) von Daniel Suhonen, Göran Therborn und Jesper Weithz. Diese Anthologie fasst ein umfassendes Forschungsprojekt zur Klassengesellschaft in Schweden zusammen, das vom unabhängigen, gewerkschaftsnahen Thinktank Katalys 2018 durchgeführt worden ist. Das Buch bietet zwar keine gemeinsame Definition des Klassenbegriffs, der alle Texte vereint, dennoch können im Wesentlichen zwei Definitionen unterschieden werden. Forscher wie Göran Ahrne, Niels Stöber oder Max Thaning gründen ihren Klassenbegriff auf das Konzept von Erik Olin Wright, das Klasse ausgehend von den drei grundlegenden Machtdimensionen definiert: Eigentum, Autorität und Expertenwissen. Einen anderen Zugang wählt beispielsweise Göran Therborn: Er unterteilt die Menschen auf Grundlage ihrer Position im Arbeitsleben in Arbeiterklasse, Mittelklasse, Kleinbürger_innen (Selbstständige) und bürgerliche Klasse.

2

SCHWEDENS ENTWICKLUNG ZUR UNGLEICHHEIT

Die schwedische Klassengesellschaft hat in den vergangenen vier Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel durchlaufen. Zwischen 1930 und 1980 wurde diese zu einem erheblichen Teil abgeschafft – insbesondere in den 1970er-Jahren schwanden die Unterschiede. Zu Beginn der 1980er-Jahre galt Schweden weltweit als das Land, welches beim Thema Gleichheit die größten Fortschritte aufwies. Danach hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich jedoch in raschem Tempo wieder vertieft. Inzwischen ist Schweden zusammen mit Israel das OECD-Land, in dem die Ungleichheit in den vergangenen 40 Jahren am stärksten gewachsen ist (SOU 2020). Heute ist sie gemessen an den Einkommen (Gini-Koeffizient) größer als in Ländern wie Dänemark, Norwegen, Slowenien, Slowakei oder Tschechien (Ehrenberg/Ljunggren 2020). Zwar gehört Schweden weltweit noch immer zu den Ländern mit dem höchsten Grad an Gleichheit, doch der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst weiter. Nicht zuletzt innerhalb der Arbeiterbewegung macht sich eine zunehmende Besorgnis darüber breit, auf welchem Weg sich das Land gegenwärtig befindet (Lindgren Åsbrink et al. 2019).

DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH WÄCHST SEIT DEN 1980ER-JAHREN WIEDER

Der Punkt, an dem die Kluft zwischen Arm und Reich wieder zu wachsen begann, lässt sich nicht nur für Schweden um das Jahr 1980 datieren. Diese Entwicklung folgt einem internationalen Muster, das im Prinzip für alle OECD-Länder und auch für die Mehrzahl der Länder außerhalb der OECD gilt. Der Wandel in Schweden hatte also nicht nur innere Ursachen, sondern stand auch unter dem Einfluss größerer globaler Vorgänge und wachsender Waren- und Kapitalflüsse, die zu einer zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheit beigetragen haben. Gleichzeitig weisen die Entwicklungen in Schweden eine Reihe besonderer Züge auf, die direkt im Zusammenhang mit den spezifischen Veränderungen des schwedischen Steuer- und Wohlfahrtssystems stehen.

Im internationalen Diskurs ist darauf hingewiesen worden, dass sowohl globale strukturelle Veränderungen als auch innenpolitische Beschlüsse dazu beigetragen haben, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den verschiedenen Ländern vergrößerte. Eine klare Grenze zwischen diesen

beiden Kategorien lässt sich jedoch nicht ziehen, da innenpolitische Reformen oftmals durch veränderte globale Rahmenbedingungen motiviert worden sind. In diesem Beitrag soll der Schwerpunkt aber auf den charakteristischen Zügen der schwedischen Politik liegen, auf dem innenpolitischen Handeln sowie auf den konkreten Merkmalen der wachsenden Ungleichheit in Schweden.

UNGLEICHHEIT IST HÄUFIG GEGENSTAND VON UNTERSUCHUNGEN

Zu diesem Themenkomplex liegen vergleichsweise detaillierte Untersuchungen vor, da die wachsende Ungleichheit häufig mit Protesten einherging, die wiederum Anlass zu umfangreichen Studien gegeben haben. Besonders zu erwähnen sind hierbei das Projekt *Klass i Sverige* («Klasse in Schweden») des Thinktanks Katalys, das zahlreiche Forschungsberichte zur schwedischen Klassengesellschaft vereint, die Gleichheitsstudie des Gewerkschaftsdachverbands LO, die eine Reihe von Berichten und ein umfassendes Programm für mehr Gleichheit enthält (Lindgren Åsbrink et al. 2019), sowie die staatliche Gleichheitskommission (SOU 2020), die im Jahr 2020 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

AN DEN LÖHNEN LIEGT ES NICHT

Das Ausmaß von Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft lässt sich statistisch auf verschiedene Arten untersuchen. So können unterschiedliche Sachverhalte gemessen (Einkünfte aus Arbeit und Kapital, Bildungsniveau etc.), verschiedene Gruppen von Individuen einbezogen (schwedische Staatsbürger_innen, jene mit Aufenthaltsgenehmigung, alle Menschen, die in einem Land leben etc.) oder unterschiedliche Messgrößen angewendet werden – Thomas Piketty zieht es beispielsweise vor, die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten im vorhandenen Vermögen zu vergleichen, anstatt den Gini-Koeffizienten zu verwenden. Ungeachtet dessen zeigen die Untersuchungen insgesamt, dass die wachsende Ungleichheit in Schweden vor allem auf zwei Sachverhalte zurückgeht: Zum einen sind die Reichsten aufgrund höherer Erträge aus Kapital (Wertpapiere und Immobilien) wirtschaftlich davongezogen, zum anderen haben Personenkreise, die außerhalb des Arbeitsmarktes stehen (Arbeitslose, Langzeitkranke und Rentner_innen), häufig

den wirtschaftlichen und sozialen Anschluss an die übrige Bevölkerung verloren. Richtig ist auch, dass die Unterschiede bei den Löhnen gewachsen sind, wobei dies zu der wachsenden Kluft nur gering beigetragen hat (Lindgren Åsbrink et al. 2019: 7).

STATISTIKEN ÜBER VERMÖGEN LASSEN ZU WÜNSCHEN ÜBRIG

Die Vermögen in Schweden sind, wie in den meisten anderen Ländern, äußerst ungleich verteilt. Wie genau die Vermögen seit 1980 gewachsen sind, ist jedoch unklar, da mit der zunehmenden Abschaffung von Steuern auf Vermögen auch die entsprechenden Statistiken ungenauer geworden sind. Früher hat der Staat statistische Vermögensdaten als Grundlage für die Steuererhebungen erfasst – diese Statistik existiert heute nicht mehr.

3

DIE POLITIK REGRESSIVER STEUERREFORMEN

Der große steuerpolitische Bruch erfolgte in den letzten 20 Jahren. Zuerst wurde die Erbschaftsteuer abgeschafft (2004), danach die Vermögensteuer (2007), die Immobiliensteuer (2008) und zum Schluss die sogenannte »Värnskatten« (2020), eine Art Spitzeneinkommensteuer, also ein erhöhter Steuersatz für besonders hohe Einkommen. Dass Steuern auf Vermögen gesenkt wurden, ist ein allgemeiner Trend in vielen OECD-Ländern. Schweden sticht hier jedoch durch seine extreme Haltung hervor, diese Steuern vollständig zu beseitigen. Während Schweden die Vermögensteuer abschaffte, haben andere Länder, darunter Norwegen, Spanien und die Schweiz, ihre Einkünfte durch Vermögensbesteuerung erhöht. Insgesamt haben 18 von 28 OECD-Ländern die Erbschaftsteuer beibehalten, darunter das Vereinigte Königreich, Japan und die USA.

Bemerkenswert ist auch, dass in Schweden gleichzeitig Steuererleichterungen zum Vorteil höherer Einkommens- und Vermögensgruppen unangetastet geblieben sind. Hierbei handelt es sich unter anderem um ein steuerliches Abzugsrecht auf Immobiliendarlehen (das die ohnehin rasant ansteigenden Immobilienpreise weiter angetrieben hat) sowie um ein steuerliches Abzugsrecht für haushaltsnahe Dienstleistungen wie Putzen und Kinderbetreuung (sogenannter RUT-Abzug).

GLOBALISIERUNG DIENTE ALS SÜNDEBOCK

Schweden hat damit drei wichtige Steuerquellen gestrichen – die Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Immobilien –, durch die früher zweistellige Milliardensummen an Schwedischen Kronen in die Staatskasse flossen. Diese Steuern spielten als Ausgleichsmechanismen von Reichtum und materiellem Standard nicht nur eine wirksame, sondern auch eine wichtige symbolische Rolle. Als Begründung für diese regressiven Steuerreformen wird immer wieder das Argument herangezogen, dass die Globalisierung es nicht mehr länger möglich machen würde, Vermögen zu besteuern, da das Geld dann ins Ausland abfließen könnte. Selbst wenn dies als erschwerender Faktor für die Vermögensbesteuerung zutrifft, ist es dennoch nicht unmöglich, wie große Teile der OECD-Länder zeigen, in denen diese Steuern beibehalten wurden. Zudem besteht dieses Risiko bei der Immobiliensteuer nicht, denn Immobilien sind unbeweglich und können nur verkauft werden.

EU KÖNNTE GEMEINSAMES STEUERNIVEAU FESTSETZEN

Darüber hinaus könnte die nationale Besteuerung von Reichtümern durch eine internationale Zusammenarbeit unterstützt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre ein gemeinsames Niveau für Vermögen- und Erbschaftsteuern auf EU-Ebene. Noch visionärer wären gemeinsame Steuern auf Vermögen innerhalb der EU sowie globale Regelungen, um Steuerparadiese abzuschaffen, wie es unter anderem der französische Ökonom Thomas Piketty vorschlägt. Schweden hat jedoch nicht nur die Vermögensbesteuerung abgeschafft, sondern wirkt auch nicht an den Vorstößen zu internationaler Regulierung oder transnationalen Steuern mit. So ist Schweden geradezu ein Steuerparadies für die Reichsten geworden.

VERMÖGEN HABEN SICH RASANT ERHÖHT

Die Abschaffung bestimmter Vermögensteuern hat auch dazu geführt, dass die Statistiken darüber, wie sich die Vermögen entwickelt haben, unzuverlässiger geworden sind. Dennoch gibt es verschiedene Versuche, die Entwicklungen in Zahlen wiederzugeben. Laut Schätzungen der Gleichheitsstudie der LO (Jämlikhetsutredningen) sind die Vermögen rasant angewachsen. Die Berechnungen legen nahe, dass die privaten Vermögen in Schweden heute 465 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) entsprechen (Lindgren Åsbrink et al. 2019: 53). Das ist mehr als eine Verdopplung seit Anfang des 19. Jahrhunderts.

Der schwedische Forschungsverband Studieförbundet Näringsliv och Samhälle (SNS), ein Zusammenschluss von Akademiker_innen und Vertreter_innen der Wirtschaft, ist zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Der SNS berichtete, dass der Anteil von Schwedens 40 reichsten Familien am gesamten Vermögen der Bevölkerung seit Anfang der 1980er-Jahre um das Sechsfache gestiegen ist (Waldenström et al. 2018: 89). Ein ähnliches Bild zeichnen auch internationale Einschätzungen: In der Vermögensstatistik von Credit Suisse (2018) befindet sich Schweden unter den Ländern mit den meisten Personen, die ein Vermögen von mehr als 50 Millionen US-Dollar besitzen, weltweit auf dem vierten Platz – nur in den USA, der Schweiz und Hongkong leben mehr Superreiche als in Schwe-

den (Hällö 2019). Die 15 reichsten Familien in Schweden leiteten im Jahr 2017 Unternehmen im Wert von 4.935 Milliarden Schwedischen Kronen (508 Milliarden Euro). Schwedens gesamtes BIP betrug im selben Jahr 4.604 Milliarden Schwedische Kronen (474 Milliarden Euro) (Allelin 2018: 24).

ABSCHAFFUNG VON STEUERN NIE ZURÜCKGENOMMEN

Der schrittweise Abbau der Vermögensbesteuerung verlief nicht ohne politische Konflikte, die zum großen Teil entlang des traditionellen politischen Links-rechts-Spektrums ausgetragen wurden. So waren es die im rechten Flügel angesiedelten konservativen Regierungen Schwedens, welche die Vermögensteuer und die Immobiliensteuer abgeschafft und sukzessive die Progression in der staatlichen Einkommensteuer verringert haben. Was die Abschaffung des speziellen Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen anbelangt, hat sich die rot-grüne Regierung im Jahr 2020 zur Vorlage eines solchen Vorschlags im sogenannten Januar-Abkommen verpflichtet, um von der Zentrumspartei (Centerpartiet) und den Liberalen (Liberalerna) Unterstützung bei der Regierungsbildung zu erhalten. Doch auch wenn die konservativen Parteien die größte Verantwortung für die Steuerentlastungen der Reichsten tragen, so haben auch die Sozialdemokraten Initiativen in dieselbe Richtung unternommen. Die Erbschaftsteuer wurde 2004 von einer sozialdemokratischen Regierung mit Unterstützung der Linkspartei (Vänsterpartiet) abgeschafft. Die Linkspartei war zwar im Grunde nicht gewillt, diese Steuer abzuschaffen, hatte bei den Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten aber nur die Wahl zwischen der Abschaffung der Erbschaft- oder der Vermögensteuer. Man hatte sich damals für die Erbschaftsteuer entschieden, allerdings wurde nur wenige Jahre später, nachdem die Konservativen wieder an die Macht gekommen waren, auch die Vermögensteuer abgeschafft.

DIE POSITION DER SCHWEDISCHEN SOZIAL- DEMOKRATIE ZU VERMÖGENSTEUERN

Obwohl die bürgerlichen Regierungen diese Steuerveränderungen durchgesetzt haben, wurden von den Sozialdemokraten keine Versuche unternommen, die Beschlüsse nach der Übernahme der Regierung wieder rückgängig zu machen. Das hierfür vorgebrachte Argument war, dass es für solche Reformen keine parlamentarische Mehrheit gegeben hätte, da die aus Sozialdemokraten und Grünen (Miljöpartiet de gröna) bestehende Minderheitsregierung von der Unterstützung der Zentrumspartei, den Liberalen und der Linkspartei abhängig war. Weder Zentrumspartei noch Liberale würden aber eine höhere Besteuerung von Vermögen akzeptieren. Im Juni 2021 haben die Liberalen zudem ihre Unterstützung für die Minderheitsregierung aufgekündigt, sodass gegenwärtig kaum Möglichkeiten bestehen, solche Vorschläge durchzusetzen. Problematisch ist zudem, dass immer unklarer geworden ist, für was die Sozialdemokraten eigentlich stehen – sämtliche Vorschläge zur Vermögensbesteuerung sind ad acta gelegt worden, auch parteiintern.

Im internationalen Diskurs der Arbeiterbewegung gibt es drei unterschiedliche Grundhaltungen in Bezug auf die Besteuerung von Vermögen: Eine Strömung vertritt die Ansicht, dass es nach wie vor möglich sei, Vermögen im Rahmen des Nationalstaates zu besteuern. Nicht selten wird diese Haltung mit verschiedenen Ideen kombiniert, wie Kapitalflüsse und Globalisierung zu begrenzen seien (siehe u. a. den deutschen Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen Wolfgang Streeck). Einer anderen Linie zufolge bestehen durchaus Spielräume für Vermögensteuern innerhalb der Länder, gleichzeitig seien aber globale Zusammenarbeit und gemeinsame Regelungen erforderlich, die bestenfalls zu Steuern auf transnationalem Niveau führen würden (siehe u. a. Thomas Piketty). Die dritte Position innerhalb der Arbeiterbewegung sieht gegenwärtig keine Möglichkeit mehr, um Vermögen zu besteuern. Sie kann vielleicht als Macron-Linie bezeichnet werden. Diese Auffassung scheint gegenwärtig auch das Denken in der Führung der schwedischen Sozialdemokratie zu dominieren.

4

SITUATION DER SCHWÄCHSTEN IN DER GESELLSCHAFT

Eine weitere Erklärung für die wachsende Kluft zwischen den Gesellschaftsschichten in Schweden lässt sich bei all jenen finden, die ihren Unterhalt nicht durch Erwerbsarbeit bestreiten und so wirtschaftlich nicht mit den anderen Gruppen in der Gesellschaft mithalten können. Gerade die Situation von Rentner_innen und in noch höherem Maße von Langzeitkranken und Arbeitslosen hat sich zunehmend verschlechtert. Für diese Verschiebung lassen sich mehrere Ursachen ausmachen: Zunächst haben konservative Regierungen eine Reihe sogenannter Arbeitssteuerabzüge durchgesetzt, wobei diese Bezeichnung irreführend ist, da es sich vielmehr um Steuererleichterungen für Menschen handelt, die ihr Einkommen aus Erwerbsarbeit beziehen.

HÖHERE BESTEUERUNG VON ARBEITSLOSEN UND LANGZEITKRANKEN

Der Zweck der Reform besteht darin, einen größeren Unterschied in der Besteuerung zwischen Erwerbstätigen und Bezieher_innen von Transferleistungen (Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) herzustellen, um einen stärkeren Anreiz für die (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu schaffen. Mit der höheren Besteuerung von Langzeitkranken und Arbeitslosen hofften die konservativen Parteien, dass diese schneller wieder eine Arbeit aufnehmen würden, auch wenn der Lohn niedrig ist. Der erste Arbeitssteuerabzug wurde 2007 von einer konservativen Regierung eingeführt. Weitere Arbeitssteuerabzüge folgten 2008, 2009, 2010, 2014 und 2019. Der letzte Arbeitssteuerabzug wurde im Januar 2019 von den Moderaten (Moderaterna), den Christdemokraten (Kristdemokraterna) und den Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) durchgesetzt, während sich die Zentrumspartei und die Liberalen der Stimme enthielten.

SOZIALDEMOKRATEN HALTEN AN ARBEITSSTEUERABZÜGEN FEST

Laut dem Statistischen Zentralamt in Schweden (Statistiska Centralbyrån – SCB) verringerten sich die Steuereinnahmen des Staates im Zeitraum von 2007 bis 2018 um 1.017 Milliarden Schwedische Kronen. Zwar stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag konsequent gegen die Arbeitssteuerabzüge, sie haben diese Beschlüsse aber keineswegs

rückgängig gemacht, nachdem sie selbst an die Macht gelangt waren. Es erfolgten lediglich ein paar Anpassungen wie die Steuererleichterung während der Corona-Pandemie 2020 – eine Reform, welche die Zentrumspartei und die Liberalen gegen den Willen der Sozialdemokraten durchgesetzt haben.

AUSSCHLUSS GRÖßERER GRUPPEN AUS DER KRANKEN- UND ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Eine andere Erklärung dafür, dass Rentner_innen, Langzeitkranke und Arbeitslose wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten sind, liegt in der Schwächung des Sozialversicherungssystems, da die Zahlungen aus der Sozialversicherung nicht an die Entwicklung der Löhne angepasst wurden. Stattdessen wurden das Niveau der Zahlungen gesenkt und der Zugang zu Leistungen der Sozialversicherungssysteme eingeschränkt, sodass immer größere Gruppen aus der Kranken- und Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind oder für Leistungen gesperrt werden.

KRANKE MÜSSEN JEDWEDE ARBEIT AUFNEHMEN

Die Krankenversicherung in Schweden setzt sich aus zwei Teilen zusammen: einerseits dem Krankengeld, das an Krankengeschriebene ausgezahlt wird, andererseits aus einem Krankenzuschuss, der an Personen gezahlt wird, die aufgrund von Erkrankungen oder Funktionseinschränkungen voraussichtlich nicht ins Erwerbsleben zurückkehren können. Beide Teile sind stark abgeschwächt worden.

2008 führte die damalige konservative Regierung eine neue Regelung unter dem euphemistischen Begriff »Rehabilitierungskette« ein, wonach eine krankgeschriebene Person für die ersten 90 Tage einen Anspruch auf Krankengeld hat, sofern die schwedische Sozialversicherungskasse (Försäkringskassan) zu der Beurteilung kommt, dass jene aus Krankheitsgründen derzeit nicht in der Lage ist, ihre gegenwärtige Arbeit zu bewältigen. Ab dem 90. Tag soll die Försäkringskassan dann prüfen, ob die Person in der Lage ist, andere Arbeiten an ihrem früheren Arbeitsplatz zu erledigen. Wenn dies zutrifft, wird die Zahlung des Krankengeldes eingestellt. Ab

dem 180. Tag soll die Försäkringskassan schließlich beurteilen, ob die Person eine »gewöhnlich vorkommende Arbeit« in Schweden bewältigen könnte. Dabei handelt es sich nicht um eine konkrete Arbeit, sondern eher um eine hypothetische Frage: Könnte es eine gewöhnlich vorkommende Arbeit geben, welche die Person ausführen kann? Kommt die Försäkringskassan zu der Beurteilung, dass dies zutrifft, werden die Zahlungen aus der Krankenversicherung eingestellt. Aus diesem Grund bekommen viele Menschen nach 180 Tagen keine weiteren Zahlungen mehr aus der Krankenversicherung, da es nach Ansicht der Försäkringskassan irgendwo im Land wahrscheinlich eine Arbeit geben wird, welche die betroffene Person ausführen könnte.

HÄLFTE ALLER FEHLTAGE GEHT AUF PSYCHISCHE ERKRANKUNGEN ZURÜCK

Das System hat den Druck auf die Krankgeschriebenen erhöht. Die drohende Gefahr, aus dem System hinausgeworfen zu werden, ist im Bewusstsein der Arbeiter_innen inzwischen allgegenwärtig. Die Hälfte aller Krankschreibungstage ist auf psychische Erkrankungen zurückzuführen. Gerade für diese Gruppe ist die Gefahr, dass die Zahlung des Krankengeldes eingestellt wird, besonders verheerend. Zudem wird ein großer Teil der Krankschreibungen zunehmend durch höheren Druck und Stress bei der Arbeit verursacht, sodass im Grunde eine doppelte Klassenunterdrückung erfolgt: Niedriglohnarbeiter_innen und Arbeiter_innen mit niedrigerem Ausbildungsniveau werden auf der Arbeit oftmals zerschlagen, sodass häufig gerade diesem Personenkreis der Anspruch auf Krankengeld nach 180 Tagen abgesprochen wird. Zudem finden sich viele der größten Verlierer_innen vor allem im Gesundheitssektor und im Pflegebereich.

70 PROZENT DER KRANKENGELD-ANTRÄGE WERDEN ABGELEHNT

Noch weiter angezogen wurden die Daumenschrauben im Hinblick auf die Krankenzuschüsse für Personen, die ehemals als Frührentner_innen bezeichnet wurden, also jene, die aufgrund von Langzeiterkrankungen nicht wieder ins Arbeitsleben zurückkehren können. Die damalige konservative Regierung führte 2008 die härtesten Regeln innerhalb der OECD-Länder für den Anspruch auf Krankenzuschüsse ein. Inzwischen werden rund 70 Prozent der Anträge auf Zahlung eines Krankenzuschusses abgelehnt. Krankengeld und Krankenzuschuss sind eng miteinander verzahnt: Zuerst wurden die Regeln für den Erhalt von Krankenzuschüssen verschärft, was den Druck auf das Krankengeld erhöhte und schließlich zu der beschriebenen Verschärfung der Regeln führte.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG UND GEWERKSCHAFTSMITGLIEDSCHAFT GEHÖREN OFT ZUSAMMEN

Die Arbeitslosenversicherung in Schweden ist ein spezielles juristisches Konstrukt und gehört nicht zu einem staatlichen

Pflichtversicherungssystem. Sie ist staatlich reguliert, wird aber mit einer Ausnahme von den Gewerkschaften geführt (Ghent-System). Die Mitgliedschaft in der Versicherung ist freiwillig und ebenso keine Voraussetzung für die Aufnahme in den Versicherungsfonds. In der Regel schließen sich die Angestellten aber sowohl einer Gewerkschaft an als auch der Arbeitslosenversicherung des Gewerkschaftsverbands.

Wer nicht Mitglied eines von den Gewerkschaften geführten Arbeitslosenversicherungsfonds ist, bekommt das einkommensunabhängige Arbeitslosengeld in Höhe der Grundsicherung von der sogenannten Alfa-kassan; wer zwar Mitglied ist, aber die Anwartschaft durch eine Beschäftigungsdauer von mindestens zwölf Monaten nicht erfüllt, erhält die Grundsicherung vom jeweiligen Versicherungsfonds. Die maximale Höhe der Grundsicherung beträgt 365 Schwedische Kronen/Tag (ca. 36 Euro). Die ausgezahlte Summe richtet sich nach der Arbeitszeit und der Anzahl der gearbeiteten Tage in den vergangenen zwölf Monaten vor dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit. Wer mit dem Geld nicht auskommt, kein Ersparnis hat und kein Auto oder Haus verkaufen kann, kann zusätzlich eine bedarfsabhängige Sozialhilfe beantragen.

Wer hingegen Mitglied eines von den Gewerkschaften geführten Arbeitslosenversicherungsfonds ist und die Voraussetzungen erfüllt, erhält eine einkommensabhängige Leistung basierend auf dem Durchschnittsgehalt der vergangenen zwölf Monate vor dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit: maximal 1.200 Schwedische Kronen/Tag (ca. 117 Euro) für die ersten 100 Tage, 1.000 Schwedische Kronen/Tag (ca. 97 Euro) für die übrigen Tage. Alle Arbeitslosenleistungen werden besteuert.

Die Arbeitslosenversicherung ist in mehreren Durchgängen verwässert worden, um den starken Einfluss der Gewerkschaften in Schweden zu reduzieren. Die konservative Regierung unter Fredrik Reinfeldt fasste bereits 2007 einen Beschluss über stark erhöhte Abgaben an die Arbeitslosenversicherung, infolgedessen sich die Anzahl der Mitglieder in der Arbeitslosenversicherung in den Jahren 2007 bis 2008 um eine halbe Million Menschen verringerte. Auch danach sank der Anteil der Mitglieder weiter. Heute gehören nur noch zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Schweden einer gewerkschaftlich geführten Arbeitslosenversicherung an.

Die Verbindung von Arbeitslosenversicherung mit gewerkschaftlicher Organisation hat dazu beigetragen, dass der Grad der gewerkschaftlichen Organisation auf hohem Niveau gehalten werden konnte. Der Beschluss der konservativen Regierung, die Abgaben für die Arbeitslosenversicherung zu erhöhen – wobei die Erhöhung in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders stark ausfiel –, führte somit auch zu einem sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad, da vielen eine zusätzliche Gewerkschaftsmitgliedschaft als zu teuer erschien. Viele Kritiker_innen aus der Arbeiterbewegung sind der Meinung, dass genau dies der eigentliche Zweck der erhöhten Abgaben für die Arbeitslosenversicherung war.

ARBEITSLOSENGELD WURDE NICHT AN LOHNERHÖHUNGEN ANGEPASST

Die sozialdemokratischen Regierungen, die in den vergangenen Jahrzehnten an der Macht waren, haben diese Verschlechterungen zwar teilweise wieder rückgängig gemacht, gleichzeitig wurde das staatliche Arbeitslosengeld aufgrund anderer politischer Entscheidungen bzw. wegen unterlassener Beschlüsse aber weiter untergraben. So hat sich vor allem das Niveau der Leistungen sukzessive verringert, da diese nicht im Takt der Lohnerhöhungen angepasst worden sind. Zudem ist das Regelwerk darüber, wer Anspruch auf Leistungen hat, in mehreren Durchgängen geändert worden, sodass es für viele Arbeitslose schwerer geworden ist, überhaupt Unterstützung zu erhalten.

NUR WENIGE HABEN ANSPRUCH AUF VOLLE LEISTUNG

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bestehen aus zwei Teilen: zum einen aus der Grundbeihilfe, die alle ehemals Erwerbstätigen beziehen können und die derzeit bei 365 Schwedischen Kronen/Tag (ca. 36 Euro) gedeckelt ist; zum anderen aus einer einkommensabhängigen Leistung, für welche die Person gearbeitet haben und Mitglied in einer Arbeitslosenversicherung sein muss. Hier liegt der Höchstsatz zurzeit bei 910 Schwedischen Kronen/Tag (ca. 90 Euro). Von all jenen, die zurzeit arbeitslos sind, haben nur vier von zehn Personen Anspruch auf die einkommensbasierte Leistung aus der Arbeitslosenversicherung; die Mehrzahl ist dafür nicht qualifiziert, weil sie entweder nicht lange genug erwerbstätig war oder kein Mitglied bzw. nicht lange genug Mitglied einer Arbeitslosenversicherung ist.

VERDOPPLUNG DER MENSCHEN IN ARMUT SEIT 1990

Die Einschränkungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung haben zur Bildung rasch wachsender Gruppen mit sehr niedrigen Einkommen geführt. Auch das Rentensystem ist ausgehöhlt worden, wodurch es viele arme Rentner_innen gibt. Als Ergebnis ist die relative Armut in Schweden gestiegen, also der Anteil an Einkommen, der nach Abzug der Steuern unter 60 Prozent des mittleren Einkommens des Landes liegt. Laut SCB leben derzeit rund 15 Prozent der schwedischen Bevölkerung in relativer Armut, was eine Verdoppelung seit 1990 ist (SOU 2020: 178). Paradoxerweise werden Kranke und Arbeitslose mittlerweile doppelt bestraft, indem zunächst deren Versicherungsleistungen ausgehöhlt wurden und diese Leistungen – verglichen mit dem Steuersatz für Erwerbstätige – auch noch höher besteuert werden (Martos Nilsson 2018).

SCHWEDEN ZAHLT IN SKANDINAVIEN DIE GERINGSTEN SOZIALTRANSFERLEISTUNGEN

Die steigende relative Armut unter denjenigen, die am schlechtesten gestellt sind, hat zu einer höheren Belastung der Kommunen geführt, welche die sogenannte Unterhaltsbeihilfe (früher Sozialbeiträge) zahlen – das letzte Sicherungsnetz im sozialen Wohlfahrtssystem. Für Menschen, die kein Krankengeld bzw. keinen Krankenzuschuss mehr erhalten, oder für Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, bleibt nur noch die niedrigere Unterhaltsbeihilfe. Konkret bedeutet dies, dass die Kosten für die Armut zum großen Teil vom Staat auf die Kommunen abgewälzt werden. Dies hat sich besonders hart auf jene Kommunen ausgewirkt, in denen viele Menschen mit Niedriglöhnen leben, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist und in denen viele ausländische Bürger_innen beheimatet sind, die zudem häufiger außerhalb des Arbeitsmarktes verbleiben als in Schweden geborene Personen. Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist, dass der Anteil der sozialen Transferleistungen am BIP zunehmend gesunken ist. Schweden ist inzwischen das Land in Skandinavien, das den geringsten Anteil am BIP für soziale Transferleistungen bereitstellt. Dem Bericht *Sozialversicherung in Ziffern* (2020) (»Socialförsäkring i siffror«) der Försäkringskassan zufolge liegt Schweden derzeit auf dem 16. Platz in Europa.

Die politischen Auseinandersetzungen um das Sozialversicherungssystem sind zum Teil ein Ergebnis der jeweiligen Parteiposition im politischen Links-rechts-Spektrum. Als die rot-grüne Minderheitsregierung den Zugang zur Arbeitslosenversicherung während der Corona-Pandemie etwas verbesserte, protestierten die Moderaten und Christdemokraten. Zwar hatten diese Proteste keinen direkten Effekt, doch betonten die Moderaten und Christdemokraten, dass sie die Niveaus wieder absenken werden, wenn sie nach der Wahl im September 2022 eine Regierung bilden können. Hier stechen besonders die Moderaten hervor, die weitere einschneidende Kürzungen sowohl in der Arbeitslosen- als auch in der Krankenversicherung fordern.

AUSHÖHLUNG DER SOZIALSYSTEME STÖSST AUF GROSSEN UNMUT

Sowohl in der Arbeiterbewegung als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung insgesamt, aber auch unter den Angestellten im staatlichen und privaten Sektor herrscht große Unzufriedenheit über die Aushöhlung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Dies hat zu einer Reihe von staatlichen Untersuchungen geführt, die im Ergebnis wiederum eine Stärkung der Systeme vorschlagen. Bisher sind die faktischen Veränderungen jedoch nur von unbedeutendem Umfang. Bemerkenswert ist auch, dass die rot-grüne Regierung die Arbeitslosenversicherung während der Corona-Pandemie zwar etwas verbessert hat (Akademikernas a-kassa 2020: 3), aber darüber hinaus keine weiteren öffentlichen Mittel zur Stärkung der Krankenversicherung bereitgestellt worden sind.

DRUCK AUF KRANKGESCHRIEBENE ERHÖHT

Warum die Sozialdemokratie eine Schwächung der Krankenversicherung zuließ, die viele Menschen in relative Armut gedrängt hat, lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Das Argument der Konservativen lautete durchgehend, dass für die Leistungen aus der Krankenversicherung strenge Maßstäbe angesetzt werden müssten, um Druck auf die Krankgeschriebenen auszuüben, damit sie wieder zur Arbeit zurückkehren. Anscheinend hat diese Sichtweise auch bei den Sozialdemokraten in gewissem Umfang Gehör gefunden, denn ohne diese Annahme ist nur schwer nachvollziehbar, warum eine Reform des Systems immer wieder auf die lange Bank geschoben wird.

5

PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN

In die Analyse, wie sich die materiellen Unterschiede in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben, muss auch die Darstellung der Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen einfließen, die den schwedischen Wohlfahrtsstaat bisher ausgemacht haben, wie Schule, Gesundheitswesen etc. In Schweden, wie in allen OECD-Ländern, haben staatliche Dienstleistungen eine umverteilende Wirkung. Diese Umverteilung beruht darauf, dass der Wert der Dienst- und Transferleistungen, die eine Familie mit niedrigem Einkommen im Durchschnitt erhält, den Wert übersteigt, den die Familie an Steuern zahlt, während umgekehrt Personen mit hohem Einkommen mehr Steuern zahlen, als sie in Form von staatlichen Dienst- und Transferleistungen erhalten.

UMFANGREICHE PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN WOHLFAHRT

In welchem Umfang die öffentlichen Hilfen zu einer höheren Gleichheit beitragen, hängt unter anderem von der Verfügbarkeit, der Qualität und der Gleichwertigkeit der Hilfen ab. Auch in dieser Hinsicht hat die Kraft des schwedischen Wohlfahrtsstaates, zu einer verbesserten Gleichheit beizutragen, abgenommen. Eine der Ursachen ist die umfangreiche Privatisierung der öffentlichen Wohlfahrt, in der immer mehr Dienstleistungen von privaten Akteuren bereitgestellt, aber aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Im Gesundheitswesen ist es nicht ungewöhnlich, dass diese privaten Betreiber gleichzeitig Tätigkeiten ausführen, die vollständig aus privaten Mitteln finanziert werden und mit privaten Krankenversicherungen verknüpft sind. Konkret heißt das, dass öffentliche Mittel dafür verwendet werden, Parallelstrukturen zu schaffen. Denn neben den öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung werden Steuergelder aufgewendet, um private Akteure zu stärken, die ihren zahlenden Mitgliedern nicht selten einen bevorzugten Zugang zu medizinischen Dienstleistungen anbieten können.

SCHULE SOLLTE SPEERSPITZE DER ZUKUNFT SEIN

Nicht zuletzt ist das Bildungssystem von entscheidender Bedeutung: So kann eine Schule, die systematisch versucht, Benachteiligung zu kompensieren, weil die Schüler_innen

nicht alle dieselbe Unterstützung von zu Hause genießen, dazu beitragen, die gesellschaftliche Gleichheit zu erhöhen. Besonders in den 1970er-Jahren setzte die schwedische Sozialdemokratie große Hoffnungen darauf, dass Schulen zu mehr gesellschaftlicher Gleichheit führen und so dazu beitragen könnten, die gesamte Gesellschaft umzuwälzen. In diesem Sinne behauptete unter anderem Olof Palme, dass die Schule eine »Speerspitze der Zukunft« sein würde.

1992 wurde eine Reform von der konservativen Regierung unter Carl Bildt eingeleitet, um »freie Schulen« zu ermöglichen, also privat geführte Schulen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. In jüngster Zeit haben profitorientierte Schulen ihre Marktanteile zunehmend erhöht (Larsson 2020). Zwar hat die Sozialdemokratie gewisse Versuche unternommen, der weiteren Kommerzialisierung des Schulwesens entgegenzuwirken, stieß damit aber auf den Widerstand der Konservativen. So hatte die sozialdemokratische Regierung 2015 einen Untersuchungsausschuss unter Leitung des früheren sozialdemokratischen Stadtrats von Malmö, Ilmar Reepalu, eingerichtet, der vorschlug, die Möglichkeit privater Schulen zu begrenzen, Gewinne an ihre Eigentümer_innen auszuschütten (oft private Unternehmen), da die Schulen sich durch Steuermittel finanzierten. Im Parlament wurde der Vorschlag mithilfe der konservativen Parteien sowie der Schwedendemokraten jedoch abgelehnt.

WACHSENDE KLUFT ZWISCHEN »GEWINNER- UND VERLIERERSCHULEN«

Das schwedische Schulsystem basiert auf mehreren Elementen: Die Schüler_innen wählen eine Schule aus und die Schule erhält für jede_n Schüler_in staatliches Schulgeld. Allerdings bestimmen private Akteure im Prinzip selbst, wo und wann sie neue Schulen gründen. Eine Kommune kann dies nicht ablehnen, da die Schulaufsichtsbehörde die Schule zulassen muss. Geht die Privatschule aber bankrott oder will die Schulleistungen nicht mehr anbieten, muss die Kommune die Verantwortung und die Kosten für die Schüler_innen tragen.

Bei den öffentlichen Schulen gilt bei der Platzvergabe zudem das Prinzip des nahen Wohnorts. Privatschulen wenden in der Regel aber ein Wartelistensystem an, das zu einer

Schiefelage bei der Aufnahme führt. Vor allem gutverdienende Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen setzen ihre Kinder auf diese Wartelisten, Eltern mit geringeren Einkommen und Bildungsniveaus oder gar mit Migrationshintergrund eher nicht. Damit tragen Privatschulen zur Zementierung der Klassenunterschiede bei. Einer Studie zufolge stammen 65 Prozent der Schüler_innen an Privatschulen aus Haushalten mit mindestens einem Elternteil mit Hochschulausbildung. Dagegen kommen nur 25 Prozent der Schüler_innen an öffentlichen Schulen aus einem bildungsnahen Haushalt (Kornhall 2018: 18).

Die sozioökonomische Segregation in den Städten wird damit weiter befördert. Privatschulen stehen vermehrt in Vierteln mit hohem Einkommen und einem hohen Bildungsgrad, sodass es dem schwedischen Schulsystem immer weniger gelingt, Schüler_innen aus Elternhäusern mit einem niedrigen Bildungsniveau und/oder niedrigem Einkommen zu fördern. Die Durchlässigkeit der sozioökonomischen Klassengrenzen nimmt somit immer weiter ab, Bildungs- und Einkommensunterschiede werden zementiert und die ökonomischen Unterschiede in den gesellschaftlichen Klassen zunehmend verstärkt.

Dies spiegelt sich auch in der zunehmenden Ungleichheit der schulischen Leistungen wider. Als die PISA-Umfragen im Jahr 2000 begannen, lag Schweden bei den sogenannten Äquivalenzindikatoren unter den Besten. Aktuell liegt Schweden nur noch im OECD-Durchschnitt; der familiäre Hintergrund hat unter anderem für die Ergebnisse der Schüler_innen im naturwissenschaftlichen Teil zunehmende Bedeutung gewonnen (Erikson/Unemo 2019: 9).

Da aus öffentlichen Mitteln finanzierte Privatschulen immer stärker nachgefragt werden, stellt sich ein sich selbst verstärkender Effekt ein. In der Grundschule (in Schweden die Klassen 1–9) gehen derzeit 15 Prozent der Schüler_innen auf eine Privatschule, im Gymnasium (Klassen 10–12) liegt der Anteil bei 25 Prozent. Die Diskrepanz zwischen den einzelnen Kommunen ist jedoch groß. Der Anteil der Schüler_innen, die eine Privatschule besuchen, ist in den Ballungsgebieten deutlich höher als in den kleineren Gemeinden, wo in der Regel noch immer ausschließlich kommunale Schulen existieren.

Zudem werden die Privatschulen von großen gewinnorientierten Bildungskonzernen geführt. Die Zahl der von gemeinnützigen Vereinen und Kooperativen gegründeten Privatschulen ist hingegen zugunsten großer Aktiengesellschaften und Konzerne drastisch gesunken. Inzwischen wird der private Schulmarkt vollständig von einigen großen privaten Konzernen dominiert: AcadeMedia AB, Kunskapsskolan AB, Thorengruppen AB und Internationella Engelska Skolan AB. Auch bei der Zahl der Schulen und Schüler_innen dominieren die gewinnorientierten Akteure: Im Jahr 2016 wurden 61 Prozent aller freien Grundschulen und 87 Prozent aller freien Gymnasien von gewinnorientierten Unternehmen betrieben. Zehn Prozent der Grundschüler_innen des Landes und 22 Prozent aller Gymnasiast_innen besuchten diese Schulen (Werne 2018: 11).

6

SOZIALE VERSCHIEBUNGEN IN DEN VERGANGENEN 40 JAHREN

Schweden hat sich in den vergangenen 40 Jahren in vielerlei Hinsicht verändert. Eine dieser Veränderungen ist die größer gewordene materielle Kluft zwischen den gesellschaftlichen Klassen, was ein Ergebnis aus wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschieden ist. Diese Unterschiede verlaufen entlang vieler Linien. Die Einkommensunterschiede zwischen Arbeiter_innen und Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor sind eine davon. Am stärksten fällt jedoch auf, dass die Reichsten aufgrund höherer Renditen aus ihrem Vermögensbesitz unaufhaltsam davongezogen sind, während die am schlechtesten Gestellten, also jene, die sich außerhalb des Arbeitsmarktes befinden, gleichzeitig weit zurückgeblieben sind. Die Elite hat diejenigen, die der untersten Gesellschaftsschicht angehören, abgehängt. Diese Kluft ist durch die Privatisierung von Teilen des Wohlfahrtssystems noch einmal verstärkt worden. Besonders macht sich dies an den Qualitätsunterschieden zwischen den Schulen bemerkbar.

IMMER NEUE FORMEN DER UNSICHEREN ANSTELLUNG

Die tiefer gewordene materielle Kluft ist eng verbunden mit unterschiedlichen Machtverschiebungen, nicht zuletzt im Arbeitsleben. Bei einer der zentralen Streitfragen geht es um die Beschäftigungsbedingungen: Rund 70 Prozent aller Angestellten in Schweden haben eine feste (unbefristete) Anstellung. Dennoch ist die Unsicherheit aus mehreren Gründen gewachsen. Neben den Festanstellungen gibt es verschiedene Arten befristeter Anstellungen, wobei die Selbstständigen eine weitere Gruppe von Beschäftigten bilden. Die Anzahl der zeitlich befristeten Anstellungen ist im vergangenen Jahrzehnt etwas angestiegen. Diese Art der Beschäftigung kommt besonders häufig in Dienstleistungssektoren wie Altenpflege, Einzelhandel sowie im Hotel- und Gastronomiegewerbe vor. Die große Veränderung ist jedoch nicht, dass die Zahl der zeitlich befristeten Stellen gewachsen ist, sondern dass die unsicheren Formen zeitlich befristeter Arbeit zugenommen haben.

BEI SMS GEHT'S ZUR ARBEIT

Im schwedischen Beschäftigungsschutzgesetz wird genauer erläutert, welche Anstellungsformen zulässig sind. Neben Festanstellungen gibt es Saisonarbeit, Probearbeit, Vertre-

tungsanstellungen, Anstellungen für Personen über 67 Jahren sowie die sogenannte »allgemeine befristete Anstellung«, die der deutschen »sachgrundlosen Befristung« entspricht. Diese unterscheidet sich von den anderen Anstellungsformen, weil der Arbeitgeber die Befristung hier nicht begründen muss. In der Praxis ist die »allgemeine befristete Anstellung« oftmals eine Arbeit, bei der die angestellte Person per SMS auf dem Handy über ihren nächsten Einsatz informiert wird. Eine Abbildung dieser Arbeitsverhältnisse in den Statistiken wird dadurch erschwert, dass Teile des Gesetzes vertraglich ausgeschlossen werden können, wenn sich die Sozialpartner hierüber einig sind. Zu solchen Ausschlüssen kann es auch bei lokalen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber_innen kommen. So können de facto weitere Formen von Anstellungen über die gesetzlich vorgesehenen Formen hinaus entstehen.

TREND DER UNSICHEREN BESCHÄFTIGUNG IST BESORGNISERREGEND

Das SCB erfasst regelmäßig die Zahl der Angestellten in den einzelnen Anstellungsformen (Stichproben durch Telefonumfragen). Ende 2019 befanden sich insgesamt 774.000 Personen in einer befristeten Anstellung; von diesen hatten 450.300 eine »allgemeine befristete Anstellung« oder befanden sich in ähnlichen, durch Verhandlungen vereinbarten Formen unsicherer Anstellung. Das bedeutet, dass über die Hälfte der Personen mit unsicherer Anstellung eine besonders prekäre Anstellungsform hatte. Diese Unsicherheit definiert sich dadurch, dass die Angestellten selten wissen, wann sie das nächste Mal arbeiten werden, dass ihre Anstellung ohne lange Vorankündigung beendet werden kann und dass sie wenig Aussichten auf eine Festanstellung haben. Dieser Trend ist besorgniserregend. Während die sichereren Formen befristeter Anstellungen in den vergangenen zehn Jahren weniger geworden oder auf dem gleichen Niveau geblieben sind, haben gerade die unsichersten Formen deutlich zugenommen.

ANGESTELLTE WERDEN ZU SCHEINSELBSTSTÄNDIGEN GEMACHT

Die Unsicherheit im Arbeitsleben zeichnet sich auch in anderen Entwicklungen ab. So ist die Anzahl der Zeitarbeiter_innen insbesondere in der Industrie sukzessive angestiegen.

Auch die Scheinselbstständigkeit hat massiv zugenommen, vor allem im Transportsektor, aber auch als Folge der Privatisierungen im Gesundheits- und Pflegesektor.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN BEI VOLLZEITSTELLEN

Auch für Arbeitnehmer_innen mit Festanstellung ist die Unsicherheit größer geworden. So gibt es immer mehr Stellen, bei denen die Angestellten ihre Arbeitszeit verkürzen müssen, um Kündigungen zu umgehen, sodass auch sie einen niedrigeren Lohn erhalten. Die Genossenschaftskooperative Coop, die eng mit der schwedischen Arbeiterbewegung verflochten ist, war das erste Unternehmen, das 2014 diese Vertragsform eingeführt hat. Neben Protesten mehrerer gewerkschaftlicher Organisationen brachte der Gewerkschaftsverband Handel die Frage auch vor das schwedische Arbeitsgericht Arbetsdomstolen, welches jedoch dem Arbeitgeber Recht gab. Damit war der Damm für weitere Arbeitszeitverkürzungen gebrochen, insbesondere bei großen privaten Unternehmen im Gesundheitswesen.

DIE JUNGEN SCHLIESSEN SICH NICHT MEHR DEN GEWERKSCHAFTEN AN

Die wachsende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt hat tiefgreifende Spuren hinterlassen. Viele Angestellte bestätigen eine größere Unsicherheit und Stress am Arbeitsplatz. Zudem wagen es viele Arbeitnehmer_innen aus Angst vor Kündigung nicht, sich über die Arbeitsbedingungen zu beschweren. Auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist unter den Arbeitnehmer_innen mit unsicheren Anstellungen deutlich niedriger als bei Arbeitnehmer_innen mit einer Festanstellung. Je größer die Unsicherheit am Arbeitsplatz, desto weniger Arbeitnehmer_innen sind Mitglied einer Gewerkschaft. Der Soziologe Johan Alfnsson schreibt in einem Bericht des Katalys-Projekts über die schwedische Klassengesellschaft, dass jene mit unsicheren Arbeitsplätzen eine »Gruppe bilden, die sich wie Nomaden von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz bewegen, um auf die für ihren Lebensunterhalt notwendigen Arbeitsstunden zu kommen« (Alfnsson 2018: 8). Darüber hinaus sind bestimmte Gruppen bei den unsicheren Arbeitsplätzen überrepräsentiert, etwa Migrant_innen und Berufseinsteiger_innen, sodass sich gerade junge und im Ausland geborene Menschen weniger häufig einer Gewerkschaft anschließen.

VORANSCHREITENDER ABBAU DES BESCHÄFTIGUNGSSCHUTZES

Vor der Parlamentswahl 2018 wies die Frage der Arbeitsbedingungen in Schweden einen deutlichen politischen Links-rechts-Charakter auf. Die Sozialdemokraten forderten in ihrem Wahlprogramm beispielsweise, die Anstellungsform »allmän visstid« (allgemeine Befristung) abzuschaffen, weil sie den Beschäftigungsschutz schwächt. Die Regelung erlaubt es Arbeitgeber_innen, eine Stelle ohne Grund zeitlich zu be-

fristen, und wird häufig für Arbeitsspitzen oder befristete Projekte verwendet, um kurzfristig für eine begrenzte Zeit Personal einzustellen. Die Linkspartei wollte die Sicherheit der Anstellungen noch weiter stärken, während die Grünen das Beschäftigungsschutzgesetz (LAS) unverändert beibehalten wollten. Im bürgerlich-konservativen Spektrum forderten sämtliche Parteien – die Moderaten, die Christdemokraten, die Zentrumsparlei und die Liberalen –, dass das LAS aufgeweicht werden sollte.

Nach der Parlamentswahl 2018 waren die Parteien allerdings zu langwierigen Verhandlungen gezwungen, um eine Regierung bilden zu können. Letztlich wurde das sogenannte Januar-Abkommen zwischen Sozialdemokraten, Grünen, Zentrumsparlei und Liberalen geschlossen, mit dem die Zentrumsparlei und die Liberalen unter einer Reihe von Bedingungen eine Regierung aus Grünen und Sozialdemokraten unterstützten. Eine dieser Bedingungen sah die Schwächung des Kündigungsschutzes vor. Die Regierung setzte eine öffentliche Kommission ein, die gemäß des Januar-Abkommens Vorschläge zum Abbau des Kündigungsschutzes erarbeiten sollte. Parallel dazu begannen die Sozialpartner mit Verhandlungen über das Arbeitsrecht, deren Vereinbarung bei einer Einigung anstelle des Kommissionsvorschlags gelten sollte. Der Ablauf stellte sich dementsprechend dramatisch dar. Zunächst scheiterten die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Anschließend einigten sich jedoch die Arbeitgeber_innen (Svenskt Näringsliv), die Angestellten (Verhandlungskartell PTK) und zwei der LO-Gewerkschaften (IF Metall und Kommunal) auf einen Vergleich – mit der Konsequenz, dass die Mehrheit der LO-Gewerkschaften nicht Teil der ursprünglichen Vereinbarung wurde.

Als Folge der Vereinbarung ist es leichter, Arbeitnehmer_innen aus persönlichen Gründen zu entlassen, ebenso können Arbeitgeber_innen mehr Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Reihenfolge bei Kündigungen in einem Unternehmen machen. Für die Arbeiterbewegung bedeutet das Abkommen eine Spaltung: Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Dachverbandes LO bleiben bestehen. Die rot-grüne Regierung konnte eine Regierungskrise abwenden. Inzwischen haben die Liberalen das Januar-Abkommen aufgekündigt und dieses damit außer Kraft gesetzt. Im November 2021 erhielt der Haushalt der konservativen Opposition eine Mehrheit im Parlament, die Grünen verließen die Regierung und Schweden wird inzwischen von einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung regiert, die von der Linkspartei, der Zentrumsparlei und den Grünen geduldet wird.

7

GLEICHHEIT VS. KLASSENGESELLSCHAFT

Die tiefe Kluft zwischen den Klassen hat die schwedische Gesellschaft auf mehreren Ebenen in ihren Grundfesten erschüttert. Im globalen Vergleich zeichnet sich die schwedische Gesellschaft nach wie vor durch einen hohen Grad an Vertrauen zwischen den Menschen aus, aber im Zuge der Spaltungen in der Gesellschaft ist auch dieses geschwunden. Die Gleichstellungskommission zeigt, dass von staatlicher Unterstützung abhängige Personen mit schwacher Stellung auf dem Arbeitsmarkt tendenziell weniger Vertrauen haben als andere. Das gesamtgesellschaftliche Vertrauen wird durch die steigende Zahl der in prekären Verhältnissen lebenden Personen also geschwächt.

MEHR GEHALT STEIGERT DIE LEBENSERWARTUNG

Die wachsende Kluft wirkt sich auch auf die Gesundheit der Menschen aus. Zwar ist die mittlere Lebenserwartung weiter gestiegen, doch haben Einkommens- und Bildungsniveau dabei einen immer höheren Einfluss. Auch die Kluft bei der sozialen Gesundheit ist größer geworden. Menschen mit niedrigen Einkommen und geringerem Bildungsniveau leben kürzer und sind kränker als privilegierte Gruppen. Das Zehntel der Frauen mit den höchsten Einkommen lebt sieben Jahre länger als das Zehntel der Frauen mit den niedrigsten (Lindgren Åsbrink et al. 2019: 10). Bei Männern ist der Unterschied noch größer: Das reichste Zehntel lebt neun Jahre länger als das ärmste Zehntel. Ein weiterer bemerkenswerter Fakt ist, dass die mittlere Lebenserwartung für alle Gruppen in der Gesellschaft gestiegen ist, außer die mittlere Lebenserwartung des Zehntels der Frauen mit den niedrigsten Einkommen, bei dem diese stillsteht bzw. sogar gesunken ist. Warum sich Gesundheit und mittlere Lebenserwartung unter den Frauen der Arbeiterklasse verschlechtert haben, ist nicht eindeutig zu beantworten und sollte definitiv von Gesundheitsforscher_innen untersucht werden.

LOBBYIST_INNEN VERTEIDIGEN DIE PRIVATISIERUNG DES WOHLFAHRTSTAATS

Darüber hinaus stellen auch die größer gewordenen Klassenunterschiede eine Gefahr für eine funktionierende Demokratie dar. Die gesunkene Gleichstellung in den Schulen hat dazu geführt, dass die Unterschiede im Bildungsniveau

zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen größer geworden sind. Verlierer sind die Kinder der Arbeiterklasse. Ihnen wird das grundlegende Wissen vorenthalten, um Forderungen stellen und politisch agieren zu können. Am anderen Ende der Gesellschaft wachsen die Vermögen hingegen auf neue Rekordniveaus. Diese Entwicklung untergräbt das demokratische Axiom, demzufolge alle Menschen gleich viel wert sind. Es sind Personen mit enormen Vermögen, die viele der großen Medien in Schweden besitzen und kontrollieren. Diese Gruppe zahlt gewaltige Summen an Lobbyist_innen, nicht zuletzt um die Privatisierung des Wohlfahrtssystems zu verteidigen und damit ihre gesellschaftlichen Vorteile zu sichern. Letztendlich sind es die Steuerzahler_innen, die auch diese Rechnung bezahlen müssen. Die Gewinnmargen der Unternehmen innerhalb des privat und durch Steuern finanzierten Wohlfahrtssystems sind höher als in anderen Branchen, und es sind Teile dieser Gewinne, die in die Lobbyarbeit für fortschreitende Privatisierungen investiert werden.

MEHRHEIT HÄLT SCHWEDEN FÜR EINE KLASSENGESELLSCHAFT

Die schwedische Bevölkerung ist sich sehr wohl der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich bewusst. Laut einer Untersuchung des Thinktanks Katalys sind 81 Prozent der Schwed_innen der Meinung, dass Schweden eine Klassengesellschaft ist. Sowohl öffentlich und privat Angestellte (82 %) als auch Arbeiter_innen (86 %) sehen dies so. Gleichzeitig ist ein deutlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Parteien festzustellen. Bei denjenigen, die mit den rot-grünen Parteien sympathisieren, sind 93 Prozent der Ansicht, dass Schweden eine Klassengesellschaft ist; bei den Sympathisant_innen der konservativen Parteien sind es 76 Prozent bzw. 74 Prozent bei denen, die mit den Schwedendemokraten sympathisieren (Stöber 2018).

Eine zentrale Frage ist, warum die tiefer werdende Kluft zwischen den Klassen noch nicht zu größeren Protesten geführt hat. Es gibt eine ganze Reihe von Antworten auf diese komplexe Frage: Zum einen haben die Sozialdemokraten Wähler_innen verloren, auch wenn sie weiterhin Schwedens größte Partei stellen, während die rechtspopulistischen Schwedendemokraten bei den Wähler_innen zulegen. Obwohl die Mehrheit der Wähler_innen aus der Arbei-

terschaft entweder für die Linkspartei, die Sozialdemokraten oder die Umweltpartei stimmte, konnten die Schwedendemokraten viele Wähler_innen aus der Arbeiterklasse für sich gewinnen, die früher die Sozialdemokraten oder die Linkspartei gewählt haben.

LINKE PARTEIEN VERLIEREN AN DIE RECHTSPOPULISTEN

Gleichzeitig sollte das Bild nicht allzu sehr vereinfacht werden: Zwar konnten die Schwedendemokraten viele Arbeiterstimmen für sich gewinnen, dennoch feiert die Partei vor allem unter den Unternehmer_innen ihre größten Erfolge. Schweden folgt dabei einem größeren europäischen Muster, in dem die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ihre Stimmen an autoritäre und rechtsradikale Parteien verlieren. Mit Rückgriff auf Karl Polanyis Analysen zum Aufstieg des Faschismus lässt sich hierzu eine Erklärung formulieren, wonach die Privatisierung und Kommerzialisierung, welche die Welt seit Beginn der 1980er-Jahre bestimmt – als Reagans und Thatchers neoliberale Revolution mit einer raschen Globalisierung zusammenfiel –, große gesellschaftliche Risse und eine Unzufriedenheit geschaffen hat, die in verschiedene Richtungen kanalisiert wurde. Polanyi sprach von zwei Bewegungsrichtungen: Entweder nehmen die Proteste eine radikale oder aber eine reaktionäre Form an, wobei rechtsradikale oder sogar faschistische Strömungen wieder Aufwind bekommen können.

In einer anderen Erklärung, die beispielsweise Thomas Piketty liefert, hat die Sozialdemokratie im Zeitalter der Globalisierung den Traum von einer gleichen Gesellschaft aufgegeben und nimmt eine Entwicklung, die den Links-rechts-Konflikt zwischen Arbeit und Kapital in der Politik geschwächt hat, was wiederum die Türen für rechtspopulistische Parteien öffnete. Pikettys Lösung lautet daher, dass die Sozialdemokratie im Zeitalter der Globalisierung Forderungen nach globalen Regelungen und Steuern stellen muss, um die gesellschaftliche Gleichheit zu befördern.

MEHR ANGESTELLTE IN DER GEWERKSCHAFT ALS ARBEITER_INNEN

Wie der Kampf gegen die wachsende Kluft und für die Gleichheit künftig aussehen wird, hängt auch von den Gewerkschaften ab. Der Organisationsgrad in Schweden zählt zu den höchsten in der Welt. Im Jahr 2019 waren laut schwedischer Statistik 69 Prozent aller Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert. Dieser Anteil ist mit Ausnahme der Pandemiejahre jedoch sukzessive gesunken. 2006 lag er noch bei 77 Prozent. Besonders stark ist der Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeiter_innen – ein Trend, der auch in Finnland und Dänemark deutlich zu sehen ist. Aktuell sind 59 Prozent aller Arbeiter_innen gewerkschaftlich organisiert, im Gegensatz zu 72 Prozent aller Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor (Kjellberg 2019: 17). Teils ist der Anteil der Arbeiter_innen aufgrund

des Strukturwandels geschrumpft, während der Anteil der Angestellten gewachsen ist, teils schrumpft aber auch der Organisationsgrad bei den Arbeiter_innen stärker als bei den Angestellten. Zudem haben die LO-Gewerkschaften Schwierigkeiten, das »neue« Prekariat zu erreichen – also diejenigen, die in einfachen Dienstleistungen (Plattformarbeiter_innen) oder in Branchen arbeiten, die nur schwer durch Tarifabschlüsse regulierbar sind.

Schweden ist derzeit das einzige Land der Welt mit einem höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad unter Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor als unter Arbeiter_innen. Zudem wächst der Unterschied im Organisationsgrad zwischen den beiden Gruppen weiter. Da die LO der gewerkschaftliche Dachverband ist, der sich am meisten für umverteilende Reformen einsetzt, kann eine Verschiebung der gewerkschaftlichen Machtbalance dazu führen, dass die Forderung nach höherer Gleichheit geschwächt wird. Darüber hinaus variiert der Organisationsgrad nicht nur zwischen Arbeiter_innen und Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor, sondern auch stark zwischen den einzelnen massiv wachsenden Dienstleistungsbranchen; besonders niedrig ist er im Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie bei privaten Dienstleistungen, die sich durch einen hohen Anteil an unsicheren und schlechten Arbeitsbedingungen auszeichnen.

AUF DIE GEWERKSCHAFTEN KOMMT ES AN

Ein weiterer entscheidender Faktor ist der Abdeckungsgrad der Tarifverträge. Dieser ist nicht so stark gesunken wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Noch immer werden 89 Prozent (2017) aller Arbeitnehmer_innen nach Tarifverträgen bezahlt, auch wenn der Deckungsgrad in kleinen privaten Unternehmen deutlich niedriger ist. Viele Forschungsberichte deuten darauf hin, dass ein hoher Abdeckungsgrad einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirkt. Eine entscheidende Frage ist daher, ob er auch dann beibehalten werden kann, wenn der gewerkschaftliche Anschluss weiter sinkt.

Letztlich geht es um die Frage, ob die Arbeiterbewegung in der Lage sein wird, die Gesellschaft für mehr Gleichheit zu mobilisieren. Den Gewerkschaften muss es gelingen, die Arbeiterschaft und die Ausgebeuteten von heute zu vertreten, um für politische Reformen zu kämpfen, mit denen die Klassengesellschaft überwunden werden kann. Eine Politik für Gleichheit muss diese auch auf die Tagesordnung der EU bringen und ebenso in anderen internationalen Foren präsent sein. Hierfür muss jedoch zunächst das Engagement im eigenen Land wachsen, das es bei großen Teilen der Graswurzelbewegungen unter den Arbeiter_innen und innerhalb der LO bereits gibt. Was fehlt, sind politische Siege, die all jenen, die sich für Gleichheit einsetzen, etwas Hoffnung geben können. Im vergangenen Jahrzehnt sah man sich allerdings einem massiven Gegenwind ausgesetzt, sodass die Gefahr besteht, dass auch die größten Enthusiast_innen den Mut verlieren.

LITERATUR

Akademikernas a-kassa (2020): Arbetslöshetsrapporten 2020, <https://arbetsloshetsrapporten.se> (6.5.2021).

Alfonsson, Johan (2018): Nomaderna på den svenska arbetsmarknaden. Det otrygga arbetslivets framväxt och effekter på klasstrukturen, <https://www.katalys.org/wp-content/uploads/2018/02/No-5.-Nomaderna-p%C3%A5-den-svenska-arbetsmarknaden.pdf> (6.5.2021).

Allelin, Majsa / Kallifatides, Markus / Sjöberg, Stefan / Skyrman, Viktor (2018): Ägande- och förmögenhets- strukturen och dess förändring sedan 1980 rapport 16, <https://www.katalys.org/wp-content/uploads/2018/04/No-16.-%C3%84gande-och-f%C3%B6rm%C3%B6genhetsstrukturer-och-dess-f%C3%B6r%C3%A4ndring-1.pdf> (2.6.2021).

Credit Suisse Research Institute (2018): Global Wealth Report 2018, <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html> (17.11.2021).

Ehrenberg, Johan / Ljunggren, Sten (2020): Ekonomihandboken, ETC Förlag, <https://ekonomihandboken.se/arbete-lon-och-arbetsloshet/ar-vi-fortfarande-jamlikast/> (30.8.2021).

Erikson, Robert / Unemo, Lena (Hrsg.) (2019): Lika för alla? En ESO-antologi om skolans likvärdighet (2019:1), https://eso.expert-grupp.se/rapporter/2019_1-lika-for-alla/ (30.8.2021).

Försäkringskassan (2020): Socialförsäkring i siffror, <https://forsakringskassan.se/wps/wcm/connect/dae19b87-ace6-4cda-a577-05af925b0317/socialforsakringen-i-siffror-2020.pdf?MOD=AJPERES&CVID=> (19.5.2021).

Hållö, Torbjörn (2019): Varför är Sverige ett skatteparadis för mångmiljonärer, Tiden, <https://tankesmedjantiden.se/tiden-magasinet/varfor-ar-sverige-ett-skatteparadis-for-mangmiljonarer/> (10.5.2021).

Katalys (2018): Katalys klassprojekt, Rapporter 1–20, <https://www.katalys.org/klass/> (10.5.2021).

Kjellberg, Anders (2019): Den svenska modellen i fara: Fack, arbetsgivare och kollektivavtal på en föränderlig arbetsmarknad, Arena Idé, <https://arenaide.se/wp-content/uploads/sites/2/2019/05/rap-svenska-modellen-191218.pdf> (6.5.2021).

Kornhall, Per / Bender, German (2018): Ett söndrat land. Skolval och segregation i Sverige, Arena Idé 2018, <https://arenaide.se/wp-content/uploads/sites/2/2018/10/rap-skolval-final-reviderad.pdf> (2.6.2021).

Landesorganisationen i Sverige (LO) (2020): LO Fakta, https://www.lo.se/start/lo_fakta/ (10.5.2021).

Larsson, Marcus (2020): De stora skolkoncernerna – ett hot mot valfriheten. Vi förklarar hur de hänger ihop, <https://tankesmedjanbalans.se/tankesmedjan-balans-ar-for-valfrihet/> (2.6.2021).

Lindgren Åsbrink, Marika / Almqvist, Anna / Vedin, Ulrika (2019): Program för jämlikhet, LOs Jämlikhetsutredning, slutrapport (Programme für Gleichheit, LOs Gleichstellungsuntersuchung, Abschlussbericht), https://www.lo.se/start/lo_fakta/program_for_jamlikhet (10.5.2021).

Martos Nilsson, Mårten (2018): Sjuka och arbetslösa allt mer utsatta. Arbetet, <https://arbetet.se/2018/08/23/sjuka-och-arbetslosa-allt-mer-utsatta/> (2.6.2021).

Piketty, Thomas (2020): Kapitalet i tjugoförsta århundradet, Stockholm.

SOU (2020): En gemensam angelägenhet, Vol. 1, Betänkande av Jämlikhetskommissionen, Stockholm, <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2020/08/sou-202046/> (11.6.2021).

Stöber, Niels / Suhonen, Daniel / Therborn, Göran (2018): Ätta av tio väljare anser att Sverige är ett klassamhälle, Dagens Nyheter, <https://www.katalys.org/atta-av-tio-valjare-anser-att-sverige-ar-ett-klassamhalle-debatt-28-januari-dagens-nyheter/> (6.5.2021).

Suhonen, Daniel / Therborn, Göran / Weithz, Jesper (2020): Klass i Sverige: Ojämlikheten, makten och politiken i det 21:a århundradet (antologi), Katalys klassprojekt, Lund.

SvT (2018): VALU 2018, <https://www.svt.se/nyheter/val2018/19225451> (10.5.2021).

Rädda Barnen (2019): Valfärd inte för alla, https://resourcecentre.savethechildren.net/node/15265/pdf/rb_rapport_valfard_web.pdf (10.5.2021).

Waldenström, Daniel / Bastani, Spencer / Hansson, Åsa (2018): Konjunkturrådets rapport (Bericht des Konjunkturrates), SNS, <https://sns.se.cdn.triggerfish.cloud/uploads/2020/02/konjunkturadets-rapport-2018-kapitalbeskattnings-fortsattningar.pdf> (10.5.2021).

Werne, Kent (2018): Skolindustrin: Hur mångfald blev enfald. Land-sorganisationen i Sverige. Stockholm, https://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_fakta_1366027478784_skolindustrin.pdf?File/Skolindustrin.pdf (2.6.2021).

Wingborg, Mats (2019): Fler otrygga jobb och färre fackligt anslutna, Arena Idé, <https://arenaide.se/wp-content/uploads/sites/2/2019/11/arena-ide-fler-otrygga-jobb-2020.pdf> (6.5.2021).

ÜBER DEN AUTOR

Mats Wingborg ist Autor und Journalist sowie Verfasser mehrerer Berichte für den schwedischen Thinktank Katalys, unter anderem über die Klassengesellschaft und das Gesundheitssystem. Darüber hinaus hat er verschiedene Leitartikel für die Internetzeitung *Dagens Arena* verfasst.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Registernr.: VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender: Martin Schulz
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Sabine Fandrych

Inhaltliche Verantwortung:
Dr. Philipp Fink | Leiter des FES-Büros Nordic Countries
Phone: +46 768 486 705
<https://nordics.fes.de>

Contact/Orders: josefin.furst@fes.de

Design: pertext, Berlin | www.pertext.de

The views expressed in this publication are not necessarily those of the Friedrich-Ebert-Stiftung. Commercial use of media published by the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is not permitted without the written consent of the FES. Publications by the Friedrich-Ebert-Stiftung may not be used for electioneering purposes.

ISBN 978-3-98628-036-9

© 2021

